

P/SN-375/ME von 2



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 600.987/22-V/7/94

An das
Bundesministerium für
Unterricht und Kunst

1010 W i e n

Sachbearbeiter

Klappzettel	
Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	21-GE/19 94
Datum: 20. MRZ. 1994	
Verteilt	

Ihre GZ/vom

GZ 13.875/1-III/72/94
21. März 1994 und
GZ 12.772/2-III/2/94
23. Februar 1994

D. Klausgruber

Betrifft: Beirat für die ungarische Volksgruppe;
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das land- und
forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz und das SchUG
geändert werden;
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Bundesgesetz betreffend die Grundsätze für land- und
forstwirtschaftliche Berufsschulen geändert wird;
Stellungnahme

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst erlaubt sich zu den o.z.
do. Gesetzentwürfen mitzuteilen, daß der Beirat für die
ungarische Volksgruppe mit Schreiben des Vorsitzenden vom
26. März 1994 (beim Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst
eingelangt am 13. April 1994) bzw. vom 10. April 1994 die
nachstehenden Stellungnahmen abgegeben hat.

Zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Land- und
forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz und das SchUG geändert
werden:

"Die Intentionen des vorliegenden Entwurfs als Konsequenzen aus
den in den Erläuterungen dezidiert genannten SchUG-Novellen
finden volle Zustimmung.

- 2 -

Gegen die vorliegenden Änderungen dieses Bundesschulgesetzes und die spezifischen neuen SchUG-Passagen (§ 64 bzw. § 82) besteht kein Einwand."

Zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz betreffend die Grundsätze für land- und forstwirtschaftliche Berufsschulen geändert wird:

"Der Beirat für die ungarische Volksgruppe findet die Überlegungen zur Beseitigung der allgemeinen Schulpflicht bzw. die Schaffung des neuen gesetzlichen Rahmens für schlüssig; die vorgeschlagenen Änderungen zu den Grundsatzbestimmungen (d.s. § 2 Abs.1 und 2: Verpflichtung neben Freiwilligkeit) werden bejaht."

25 Ausfertigungen der Stellungnahmen ergehen u.e. an das Präsidium des Nationalrats.

19. April 1994
Für den Bundeskanzler:
TICHY

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

